

StaatsZeitung

Sonderdruck



I/2009

MITTWOCH, 13. MAI 2009

Regierungserklärung der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen, Malu Dreyer

Für ein gutes Leben im Alter!

Ein Menschheitstraum wird wahr: Wir Menschen werden immer älter und die meisten Menschen können ihr Alter genießen. Wir gehen einer Gesellschaft des längeren Lebens entgegen: Das ist ein Geschenk!

Zusammen mit dem Rückgang der Geburten wird die gestiegene Lebenserwartung in Zukunft allerdings dazu führen, dass die Altersstruktur sich verändert. Im Verhältnis zu den Jüngeren wird der Anteil der älteren Menschen deutlich zunehmen.

Für Politik und Gesellschaft ist das Herausforderung und Chance zugleich. Die Herausforderung liegt vor allem in der sozialen Sicherung, der



Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen, Malu Dreyer

Infrastruktur, der Arbeit, der Qualifikation, auch der Sicherung der solidarischen Beziehungen zwischen Alt und Jung. Die Chancen liegen im Wissen, der Kompetenz, dem Schatz an Lebenserfahrung und der Bereitschaft der älteren Menschen, aktiv zu bleiben und sich zu engagieren.

Chancen einer Gesellschaft des längeren Lebens

Die Landesregierung setzt bewusst auf die Chancen einer Gesellschaft des längeren Lebens. In dieser Zielsetzung sehen wir uns auch bestärkt durch den im Mai letzten Jahres von SPD, CDU und FDP in diesem Hause beschlossenen Antrag zu den „Zukunftsperspektiven für ältere Menschen“. Die älteren Menschen von heute und erst recht die von morgen sind biologisch, sozial und auch psychisch deutlich jünger und aktiver als früher.

Wir schaffen Rahmenbedingungen, damit sie ihre Kompetenzen und Erfahrungen nutzen und einbringen können. Denen, die Unterstützung brauchen, helfen wir, ihr Leben so lange wie möglich eigenständig und selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden und im vertrauten Wohnumfeld zu gestalten.

Ziel der Landesregierung ist es, dass die gewonnene Lebenszeit mit einer guten Lebensqualität einhergeht. Wir möchten, dass die Menschen im Alter gut leben in Rheinland-Pfalz.

Dabei ist uns wichtig, dass die Sicherung der Lebensqualität im Alter die Jüngeren nicht über Gebühr belastet, es geht uns um die solidarischen Beziehungen zwischen den Generationen, Junge und Alte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb bedeutet Seniorenpolitik heute auch, Ältere verstärkt mit einzu beziehen. Sie werden für den Erhalt der Lebensqualität in einer Gesellschaft des längeren Lebens dringend gebraucht.

Ich bin Woche für Woche, Monat für Monat im Gespräch mit vielen älteren Menschen, ob bei Veranstaltungen, in Pflegeeinrichtungen oder den Häusern der Familien. Dabei ist mir klar geworden, dass wir die Grundideen, unser Bild vom Alter, den roten Faden, der unser politisches Handeln für ältere Menschen bestimmt, deutlicher machen müssen. Das will ich in dieser Regierungserklärung tun.

Ein neues Bild vom Alter

Das gesellschaftliche Altersbild ist immer noch von Vorurteilen geprägt. Alt sein bedeutet für viele, nicht mehr für sich selbst sorgen zu können, gebrechlich, hilfe- oder pflegebedürftig zu sein. Dem gegenüber haben die meisten älteren Bürgerinnen und Bürger heute jedoch die Chance, die gewonnenen Jahre bei guter Gesundheit zu gestalten. Sie fühlen sich noch voller Energie, wollen aktiv bleiben und ihre Erfahrungen einbringen.

Das vorherrschende Altersbild erkennt diese Entwicklung. Aber nicht nur das: auch auf die hilfebedürftigen älteren Menschen trifft es nicht zu. Ältere Menschen verfügen, ob hilfebedürftig oder nicht, über hohe emotionale und kommunikative Kompetenzen. Sie haben einen besonderen Zugang zu ihren Enkeln, zu den jungen Menschen. Sie haben Geschichte erlebt und geschrieben und können sie erzählen. Häufig vermissen sie, dass ihre Lebensleistung und ihre Potentiale von der Gesellschaft anerkannt und wertgeschätzt werden.

Deshalb brauchen wir ein neues Bild vom Alter. Wir brauchen eine breite Diskussion über das Alter, die von Älteren, Alten und Jungen gemeinsam geführt wird. Wir müssen uns klar machen, dass es „das“ Alter nicht mehr gibt, d.h. wir müssen differenzieren: zwischen den jungen Alten, den heute 60-Jährigen, die gerade erst in das Alter hineinwachsen, den älteren Menschen um die 80 Jahre, die noch gesund und aktiv sind, und all denen, die unsere Sorge und Unterstützung brauchen, die pflegebedürftig sind.

Was bedeuten die gewonnenen Jahre für den einzelnen und für die Gesellschaft? Was machen wir mit diesem Geschenk an Leben? Es geht nicht mehr „nur“ um Vorsorge für das „Altenteil“. Für viele geht es um zehn, zwanzig, in absehbarer Zeit sogar um bis zu 30 Jahre, die wir als ältere Menschen leben und gestalten können.

Das Alter ist ein Prozess, der heute länger dauert als unsere Jugend. Er umschließt nicht eine, sondern mehrere Generationen. Mehrere Generationen haben die Chance, ihre besonderen Kompetenzen und Erfahrungen für sich selbst zu nutzen und gesellschaftlich einzubringen.

Auch das gehört in die Diskussion um ein neues Altersbild: Mit welchen Generationen haben wir es zu tun? Wie definieren die Kriegskinder und die Nachkriegskinder ihr Alter? Was wünschen sie sich? Was brauchen sie?

Wofür müssen und dürfen wir Ihnen danken? Was sind sie bereit, uns weiterhin zu schenken?

Die Landesregierung fördert diese Diskussion. Wir fördern, dass Jung und Alt gemeinsam Zukunftsprojekte, einen neuen Umgang mit dem Alter entwerfen, z.B. durch das Bürgergutachten zur Kommunal- und Verwaltungsreform, durch den Brückenpreis des Ministerpräsidenten, durch Begegnungen, Foren oder die Häuser für Familien/Mehrgenerationenhäuser. In vielen Bereichen unserer Politik orientieren wir uns bereits jetzt an einem neuen Bild des Alters. Ich werde das näher erläutern.

Länger gesund und motiviert arbeiten

Auch in der Wirtschaft wurde das Altern jahrzehntelang als fortschreitender Verlust an Leistungsfähigkeit und Kompetenzen verstanden. Gesucht wurden junge Beschäftigte, aktive und dynamische. Allmählich aber wird immer deutlicher: Ältere Menschen sind ein Aktivposten. Sie haben etwas, das man in keiner Schule lernen kann, berufs- und betriebsspezifische Erfahrungen, vor allem aber Lebenserfahrungen.

Unternehmen, die auf das Wissen und die Kompetenzen ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bauen, gestalten Arbeitszeiten, Aufgaben und Abläufe heute altersgerecht. Sie orientieren sich dabei an den besonderen Bedürfnissen und Kompetenzen ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie bilden altersgemischte Teams und investieren in die Gesundheit ihrer Beschäftigten.

Um den notwendigen Wissenstransfer in die Betriebe zu organisieren, habe ich im letzten Jahr das Kompetenzzentrum Zukunftsfähige Arbeit ins Leben gerufen. Zusammen mit den Betrieben erarbeitet es Konzepte, die die Gesundheit der Belegschaft, die Arbeitsbedingungen, Führungsgrundsätze, Mitarbeiterkompetenzen und die nötige Weiterbildung berücksichti-

gen. Es bietet Einstiegsberatung, Fachberatung und mit dem „Online-Atlas Zukunftsfähige Arbeit“ eine leistungsfähige Internetplattform, die Unternehmen und Beschäftigten hilft, die passende Unterstützung zu finden.

In unterschiedlichen Branchen und Betrieben unseres Landes gibt es viele gute Beispiele für altersgerechtes Arbeiten. Ich nenne den Handwerksbetrieb Dachdecker Neger, in Mainz, wo ältere Dachdecker für die Kundenbetreuung und für Messeauftritte qualifiziert werden. Ich nenne die VR-Bank Südpfalz in Landau, wo ein Know-how-Transfer zwischen älteren und jüngeren Führungskräften entwickelt und ein Coaching zur Stressbewältigung für ältere Beschäftigte eingeführt wird.

Es gibt viele weitere Projekte, überall in unserem Land, die zeigen: Altersgerechtes Arbeiten nutzt Unternehmen und Beschäftigten. Die Landesregierung wird den Weg in diese Zukunft weiter aktiv unterstützen, damit die Menschen in Rheinland-Pfalz im Alter gut leben können!

Den Übergang flexibler gestalten

Um die jüngere Generation in unserer älter werdenden Gesellschaft nicht zu überfordern, ist die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis 2029 unumgänglich. Genauso wichtig aber ist uns, den Übergang von der Erwerbs- in die Ruhestandsphase flexibler zu gestalten und Altersarmut zu vermeiden.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die „Rente mit 67“ um zusätzliche Möglichkeiten eines flexiblen, gleitenden und sozial abgesicherten Übergangs in den Ruhestand ergänzt wird. Weder Anpassungen in der Arbeitswelt noch Änderungen im Rentenrecht allein reichen aus. Beide Ansätze müssen zusammen kommen.

Schon einige Jahre vor Erreichen der Altersgrenze sollte es möglich sein, einen Teil der gesetzlichen Altersrente zu beziehen und gleichzeitig bei reduzierter Arbeitszeit weiter

zu arbeiten. Die Landesregierung hat und wird sich weiter dafür einsetzen, dass die rentenrechtlichen Voraussetzungen für dieses Übergangsmodell in der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages geschaffen werden.

Erste Tarifverträge in der chemischen, der Metall- und Elektroindustrie zeigen, dass solche Ansätze umsetzbar sind. Besonders erfreulich finde ich, dass die vorhandenen Mittel auf beruflich stark belastete Gruppen wie Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter konzentriert werden können. Um Einbußen nach dem endgültigen Ausscheiden aus dem Berufsleben auszuschließen, trete ich dafür ein, dass sich auch die Unternehmen an der Finanzierung solcher Modelle beteiligen.

Nur wenn es gelingt, Wege zu finden, die für die Betroffenen auch gangbar sind, ist die Anhebung des Rentenalters zumutbar! Das war und ist die Position der Landesregierung!

Soziale Sicherheit

Zum 1. Juli dieses Jahres werden die Renten um 2,4 Prozent steigen. Nach Jahren von Nullrunden oder geringer Rentenerhöhungen kommt der letzte Wirtschaftsaufschwung jetzt auch bei den Seniorinnen und Senioren an.

Dass ältere Menschen in unserem Land eine verlässliche Alterssicherung haben, muss auch für Krisenzeiten gelten. Negative Rentenanpassungen darf es in Deutschland nicht geben. Ich unterstütze deshalb nachdrücklich das Vorhaben von Bundesarbeitsministers Olaf Scholz, das Rentenrecht so zu gestalten, dass die Renten auch dann nicht sinken, wenn die sozialversicherungspflichtigen Einkommen wegen Kurzarbeit zurückgehen.

Unser Ziel ist es, dass ältere Menschen auch in Zukunft armutsfeste Renten erhalten. Dabei sollten wir daran festhalten, dass Renten vor allen Dingen das Ergebnis der Beiträge sind, die während des Erwerbslebens in die Rentenversicherung fließen. Deshalb kommt es vor allem darauf

an, die Erwerbsbiographien zu stärken.

Die Landesregierung hat sich nachdrücklich, u.a. durch eine Bundesratsinitiative, für die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen eingesetzt. Mittlerweile sind etwa vier Millionen Beschäftigte in Deutschland durch Mindestlöhne geschützt. Das ist ein wichtiger Fortschritt! Ganz wichtig ist, dass jetzt auch die Pflege mit einbezogen ist. Das betrifft allein in Rheinland-Pfalz etwa 50.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Zur Stärkung der Erwerbsbiographien gehören auch die Beseitigung der Lohndiskriminierung von Frauen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine zielgruppenorientierte Arbeitsmarktpolitik, eine Bildungspolitik, die auf Chancengleichheit setzt, die systematische Qualifizierung über das gesamte Arbeitsleben und darüber hinaus auch die umfassendere Einbeziehung von Selbstständigen in die Rentenversicherung.

Wo solche vorbeugenden Ansätze nicht ausreichen, muss die Rentenversicherung soziale Benachteiligungen noch gezielter ausgleichen, z. B. für Pflege oder Kindererziehung. Bedarf für Verbesserungen im Rentenrecht sehe ich bei der Langzeitarbeitslosigkeit. Die Beiträge der Bundesagentur für Arbeit an die gesetzliche Rentenversicherung müssen deutlich erhöht werden.

Für all diese Ziele steht die Landesregierung. Wir wollen soziale Sicherheit für die älteren Menschen; wir wollen, dass sie gut leben in Rheinland-Pfalz. Dafür machen wir uns stark, dafür sorgen wir vor!

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

Viele ältere Menschen bringen sich heute gesellschaftlich ein und gestalten mit. Sie setzen sich in Familie, Nachbarschaft, Kommune oder Vereinen ehrenamtlich für die Gemeinschaft ein. Nach dem Engagementatlas 2009 liegt Rheinland-Pfalz beim bürgerschaftlichen Engagement im Län-

dervergleich mit 39 Prozent auf einem Spitzenplatz; dabei sind gerade die über 65-Jährigen immer häufiger aktiv.

Wir sollten begreifen: Ältere Menschen engagieren sich aus ganz unterschiedlichen Gründen, eins aber ist klar – ihr Engagement ist für sie nicht irgendeine „Spielwiese“, es hat vielmehr grundlegende Bedeutung, es ist konstitutiv für die älteren Menschen selbst, für ihr Lebensgefühl, und andererseits auch konstitutiv für das Funktionieren unserer Gesellschaft.

Umso wichtiger sind gute Rahmenbedingungen. Rheinland-Pfalz war eines der ersten Länder, das eine Unfall- und Haftpflichtversicherung für ehrenamtlich Tätige eingeführt hat. Mit der Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt, der Zeitung und der Internetseite „Wir-tun-was“ und dem jährlichen Ehrenamtstag unterstützt die Landesregierung das ehrenamtliche Engagement.

Wir entwickeln und fördern neue Handlungsfelder freiwilligen Engagements, um den Wandel unserer Gesellschaft gemeinsam zu gestalten. Allein in den rund 180 geförderten Unterstützungsangeboten im Bereich der Pflege, z.B. Besuchsdiensten oder Betreuungsgruppen für demenzkranke Menschen, die wir gerade mal ein paar Jahre fördern, sind bereits über 2.500 Ehrenamtliche – mehrheitlich Seniorinnen und Senioren – aktiv.

Seit vielen Jahren fördert das Land die Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz e.V. und die Arbeit der inzwischen über 70 kommunalen Seniorenbeiräte. Wer sich engagiert, möchte auch in die Entscheidungsprozesse eingebunden sein. Die Kommunen und die Wohlfahrtsverbände in unserem Land sind dabei wichtige Partner.

Mit großem Erfolg hat sich Rheinland-Pfalz zwischen 2002 und 2006 am Bundesmodellprojekt „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI) beteiligt und es nach Abschluss fortgesetzt. Heute gibt es in 15 rheinland-pfälzischen Kommunen 214 Frauen und Männer, die geschult wurden, ihr Wissen und

ihre Erfahrung in neue Projekte einzu- bringen. Im Herbst diesen Jahres wol- len wir interessierte Kommunen im Rahmen einer Tagung über die Ausbil- dung von Senior-Trainerinnen und -Trainern informieren. Die Qualifizie- rung für ein selbst gewähltes Ehren- amt sollte selbstverständlich werden.

Wir brauchen das vielfältige bürger- schaftliche Engagement, gerade der älteren Menschen. Was wir, die Politik, die Landesregierung und die ganze Gesellschaft, darüber hinaus aber ganz besonders brauchen, das ist das politische Selbstverständnis, das sind auch die Werte, für die die Genera- tionen, die jetzt alt sind oder es lang- sam werden, stehen! Für die sie gelebt haben.

Wir brauchen den anpackenden Fleiß, die Zuverlässigkeit, das soziale Denken und den Friedenswillen der Generation, die den Krieg noch erlebt hat. Niemand weiß besser als sie, dass wir alles für den Frieden tun müssen!

Wir brauchen die jungen Alten, den kritischen Geist, die politische Phan- tasie und Offenheit der 68er. Wir brau- chen all die starken Frauen dieser Generationen, jeden einzelnen älteren Menschen! Sie alle haben die Funda- mente geschaffen, auf denen wir auf- bauen.

Wir brauchen Ihre Erfahrungen, Ihre Kompetenzen und auch Ihre Emotionen, um aus der Geschichte zu lernen und die Herausforderungen der Zukunft zu meistern!

Neues Wohnen

Dem neuen Verständnis vom Alter entspricht, dass zunehmend mehr Ältere auch andere Vorstellungen vom Wohnen haben. Deshalb sind neue Konzepte des Wohnens im Alter ein wichtiger Schwerpunkt der Politik der Landesregierung.

Ältere Menschen wünschen sich Zweierlei: Sie wollen eigenständig, selbstbestimmt und unabhängig leben und wohnen, und sie wollen nicht allein sein. Sie suchen und brauchen Gemeinschaft, die sie in der Familie,

mit Alt und Jung oder auch in neuen Nachbarschaften erleben.

Die Landesregierung unterstützt zahlreiche spannende Projekte neuen Wohnens, z.B. den Generationenhof Landau, den Eilhardshof in Neustadt/ Weinstraße, den Grünen Hof in Mainz, das Haus Noah in Ludwigshafen oder Wohngemeinschaften für dementiell Erkrankte in verschiedenen Regionen des Landes. Wer Beratung zur Wohnungsanpassung und zum barriere- freien Bauen und Wohnen braucht, erhält sie bei uns. Mit Förderung der Landesregierung wurden die Ber- atungsangebote in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut.

Als Lobby und Selbstvertretung für gemeinschaftliche Wohnprojekte hat sich die „Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinschaftliches Wohnen in Rhein- land-Pfalz“ im September 2007 gebil- det. Auch sie wird vom Land finanziell unterstützt.

Finanzministerium, Innenministe- rium und Sozialministerium haben gemeinsam eine Vielzahl von Förder- programmen für den Wohnungsbau und die Entwicklung neuer Nachbar- schaften in Dörfern, Gemeinden und Städten auf den Weg gebracht. Mit dem Programm der Dorfkernerneue- rung z.B. sollen Dörfer für ältere Be- wohnerinnen und Bewohner attrakti- ver werden.

Auch für Menschen mit Unterstüt- zungs- oder Pflegebedarf entwickeln wir neue Konzepte des Wohnens. Zur Barrierefreiheit des Wohnraums hat die Landesregierung bereits umfas- sende Regelungen geschaffen, aber auch der Neubau, die Sanierung von Wohnraum - hier brauchen wir mehr Gemeinschaftsräume und Gästewoh- nungen - und das Wohnumfeld müs- sen noch stärker barrierefrei werden.

Mit dem Wohnformen- und Teil- habegesetz schafft die Landesregie- rung eine weitere Grundlage für das gemeinschaftliche Wohnen im Alter, auch bei Unterstützungs- und Pflege- bedarf.

Maßstab all unserer Initiativen ist der Wunsch der älteren Menschen

nach Selbstbestimmung und Gemein- schaft. Deshalb gehören auch die Projekte, die neue Nachbarschaften, vor allem den Dialog der Generatio- nen fördern, zu den wichtigen Zielen unserer Politik.

Mobilität in Stadt und Land

Um im Alter gut leben zu können wird eine gute Infrastruktur ge- braucht. Sie ist eine wichtige Voraus- setzung für Mobilität. Deshalb ist der öffentliche Personennahverkehr flä- chendeckend auszubauen, der be- währte Rheinland-Pfalz-Takt im Zug- verkehr mit dem Busverkehr zu ver- knüpfen.

Unser Ziel ist ein vollständig barrie- refreier ÖPNV, d.h. Busse und Bahnen sollten grundsätzlich ohne besondere Erschwernis und fremde Hilfe zugäng- lich sein. Hier arbeitet die Landes- regierung, auch mit Blick auf Men- schen mit Behinderungen, erfolgreich an Verbesserungen. Die Anpassung der Bahnsteighöhen z.B. ist ein wichti- ger Aspekt der Modernisierung der Bahnhöfe.

Barrierefreiheit bedeutet aber noch mehr. Busse und Bahnen müssen ins- gesamt einfacher zu nutzen, Hinweis- schilder verständlich, Fahrpläne lesbar und Fahrkartenautomaten leichter zu bedienen sein. Auch Geschäfte, Ban- ken, Sparkassen, Arztpraxen, Verwal- tungsgebäude, Theater, Kinos und Schwimmbäder müssen in diesem umfassenden Sinn barrierefrei wer- den. Ältere Menschen wollen sie gut erreichen und nutzen können.

Mobilität im Alter heißt Teilhabe. Teilhabe in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz wird auch durch fah- rende Geschäfte, durch Dorfläden und eine verlässliche Postzustellung gefördert. Teilhabe bedeutet schließ- lich auch einen guten Zugang zum Internet, zu den neuen Medien - von wo auch immer.

Auch hier hat die Landesregierung Vieles auf den Weg gebracht, z.B. die Breitband-Initiative Rheinland-Pfalz, mit der wir die flächendeckende Grundversorgung mit einem schnel-



Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen, Malu Dreyer

len Zugang zum Internet erreichen wollen. Auch hier werden wir weiter aktiv sein.

Teilhabe, das will ich nicht vergessen hervorzuheben, wird vielen älteren Menschen auch durch bürgerschaftliches Engagement ermöglicht. Wenn ehrenamtliche Fahrerinnen oder Fahrer, oft pensionierte Busfahrer, Kleinbusse chauffieren, um ältere Menschen zum Arzt oder Einkaufen zu bringen, dann sind das Projekte, die die Landesregierung gerne fördert.

Mobilität durch Technik ist wichtig, das kann eine Regierung in die Wege leiten. Mobilität aber durch bürgerschaftliche Unterstützung, z.B. durch Fahrdienste oder nur die Hilfe beim Einstieg, das ist menschliche Lebensqualität! Deshalb auch an dieser Stelle, ganz herzlichen Dank an alle Aktiven für dieses Engagement!

Ältere Menschen als Verbraucherinnen und Verbraucher

Ältere Menschen sind künftig die größte Verbrauchergruppe. Der Landesregierung kommt es darauf an, sie als selbstbewusste Konsumentinnen und Konsumenten zu stärken. Dafür

ist wichtig, dass die Produkte altersgerecht und barrierefrei sind, dass ältere Menschen nicht als Verbraucherinnen und Verbraucher zweiter Klasse behandelt werden. Das beginnt bei altersgerechten Möbeln und Küchenmaschinen, dazu gehören gut bedienbare Telefone, PCs und Handys, aber auch Treppenlifte oder motorisierte Rollläden.

Wichtig ist auch, dass die Produktwerbung und die Bedienungsanleitungen lesbar und verständlich sind. Ältere Menschen brauchen darüber hinaus auch eine spezielle Beratung und Serviceangebote, z.B. durch einen Lieferservice für Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs.

Und nicht zuletzt: Die Palette der Produkte für ältere Menschen – ob Kleider, Schuhe, Spazierstöcke oder Rollies – sollte moderner, also im zeitgemäßen Design, gestaltet werden. Das Alter ist bunt! So wird es heute gesehen und gelebt!

Ein gutes Beispiel für die Orientierung an den Bedürfnissen älterer Verbraucherinnen und Verbraucher ist die gemeinsam vom Gesundheits- und Wirtschaftsministerium gestartete Initiative Gesundheitswirtschaft. Sie stärkt die Anbieter in ihrem Bemühen,

Gesundheitsleistungen aller Art als passgenaue Angebote für ältere Menschen zu entwickeln. Sie fördert die Kombination von Angeboten aus den Bereichen Prävention und Rehabilitation, neues Wohnen und neue Technologien. Sie wirkt darauf hin, dass mehr ergänzende seniorengerechte Produkte, z.B. gesunde Ernährungsangebote, barrierefreie Tourismus- und Freizeitangebote bereitgestellt werden.

Die Gesundheitswirtschaft ist ein großer Zukunftsmarkt, gerade auch für ältere Menschen. Wir sind dabei, die Potentiale dieses Marktes aktiv zu entwickeln. So wollen wir eines unserer Landesleitprojekte dem Thema „Selbstbestimmtes Leben im Alter durch Nutzung intelligenter Technologien“ widmen.

Gesundheit ist uns wichtig

Wenn wir jemandem zum Geburtstag gratulieren, wünschen wir Glück und vor allem Gesundheit. Gesundheit ist uns wichtig – Gesundheit bis ins hohe Alter. Dieser Wunsch, früher meist wohl ein Wunschtraum, kann für die meisten heute in Erfüllung gehen, wenn wir uns rechtzeitig und aktiv darauf einstellen. Es ist das Ziel der Landesregierung, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den älteren Menschen in unserem Land ermöglichen, bei guter Gesundheit alt zu werden.

Dazu gehört, dass die Gesundheitsförderung schon im Berufsleben gestärkt, dass Vorsorge „belohnt“ und die Bewegungs- und Sportangebote für Ältere deutlich ausgebaut werden. Wir wollen die gesundheitlichen Erfolge von Bewegung und Sport, besonders für ältere, aber auch für hoch betagte Menschen, durch Aufklärung und Aktionsprogramme stärker verdeutlichen.

Deshalb habe ich die von der Landeszentrale für Gesundheitsförderung (LZG) im Auftrag meines Ministeriums durchgeführte Bewegungskampagne um ein ganzes Bündel von

Angeboten, speziell für Seniorinnen und Senioren in Einrichtungen und Begegnungsstätten, erweitert.

Und deshalb habe ich mich auf Bundesebene energisch für ein Präventionsgesetz eingesetzt: Die Bundesgesundheitsministerin und die Mehrheit der Länder waren sich einig, doch leider fehlte es an der nötigen Zustimmung von Seiten der CDU/CSU.

Als Gesundheitsministerin kann ich Ihnen versichern, dass die Bevölkerung unseres Landes in jeder Hinsicht gesundheitlich gut versorgt ist. Die Gewährleistung einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung ist und bleibt ein zentrales Ziel der Landesregierung.

Mit unserer Krankenhausplanung schaffen wir die Voraussetzung für ein wohnortnahes und zugleich spezialisiertes Krankenhausangebot. Die klinischen Abteilungen in den Krankenhäusern müssen die geriatrischen Aspekte jedoch noch stärker berücksichtigen, um den besonderen Bedürfnissen älterer Menschen gerecht zu werden. Hierzu entwickeln wir mit unseren Partnerinnen und Partnern zurzeit ein Landes-Geriatrie-Konzept.

Auch im ambulanten Sektor sind wir gut aufgestellt. Hier gilt es vor allem, die hausärztliche Versorgung auch für die Zukunft wohnortnah sicherzustellen. Das ist das Ziel des von mir mit der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz, der Landesärztekammer und dem Hausärzterverband vereinbarten Masterplans, den ich in diesem Haus bereits vorgestellt habe. Nur eins noch: Auch wenn der Sicherstellungsauftrag für die ambulante ärztliche Versorgung bei der Kassenärztlichen Vereinigung liegt, die Landesregierung tut alles für

eine wohnortnahe Versorgung, gerade auch für die vielen älteren Menschen auf dem Land.

Eine menschenwürdige Pflege

Eine menschenwürdige Pflege und Betreuung im Alter war genauso wie die flächendeckende Gesundheitsversorgung Gegenstand vieler Debatten in diesem Hause, deshalb fasse ich mich kurz.

Es ist das oberste Ziel meiner Pflegepolitik, Menschen mit Unterstützungs- und Pflegebedarf Selbstbestimmung und Teilhabe zu ermöglichen. Ich will, dass auch altersverwirrte Menschen gut in Rheinland-Pfalz leben können.

Der Schwerpunkt unserer Maßnahmen liegt gegenwärtig beim Ausbau sozialräumlicher Versorgungsstrukturen. Wir wollen pflegebedürftigen älteren Menschen ermöglichen, zu Hause zu bleiben. Dafür schaffen wir in Weiterentwicklung der Beratungs- und Koordinierungsstellen flächendeckend Pflegestützpunkte. Dafür haben wir Schulungen initiiert für pflegende Angehörige, und dafür entwickeln wir jetzt Konzepte, die alle Ressourcen vor Ort, die die Pflege eines älteren Menschen sichern, zu einer örtlichen Pflegestruktur zusammenbinden.

Das Land Rheinland-Pfalz hilft pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen aktiv und erfolgreich. Wir haben hier unbestritten bundesweit Vorreiterfunktion!

Landesaktionsplan „Für ein gutes Leben im Alter!“

„Ein gutes Leben im Alter!“ – das ist der Wunsch der jungen und älteren

Menschen in unserem Land, das ist das Ziel der Politik der Landesregierung – und: Das ist vor allem auch eine realistische Perspektive!

Dafür arbeitet die Landesregierung, dafür entwickeln wir Konzepte und Strukturen: für ein altersgerechtes Arbeiten, für einen flexiblen Übergang in den Ruhestand, für soziale Sicherheit, für Partizipation und bürgerschaftliches Engagement, für ein neues Wohnen, Mobilität, Gesundheit, Prävention und Pflege.

Wir haben schon viel erreicht, vor allem haben wir wichtige Weichen gestellt. Jetzt ist uns wichtig, alle Aktivitäten, alle Initiativen in unserm Land, die diesem Wandel dienen, in einem Landesaktionsplan zusammenführen – einem Aktionsplan für ein gutes Altern in Rheinland-Pfalz.

Wir werden Vertreterinnen und Vertreter der älteren Generation, aber auch der jungen Menschen, die kommunalen Seniorenbeiräte, die Seniorenbüros und zahlreichen Initiativen vor Ort zusammenführen, um diesen Aktionsplan gemeinsam mit ihnen zu entwickeln.

Die Politik für ältere Menschen hat die Aufgabe, den Wandel zu gestalten. Mein Ziel ist es, dass die älteren Menschen selbstbestimmt und in Gemeinschaft leben können, so wie sie es wollen. Dafür werde ich mit aller Kraft arbeiten,

- gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern,
- in einem engen Dialog auch mit der jungen Generation,
- und vor allem gemeinsam mit den älteren Menschen selbst:

„Für ein gutes Leben im Alter!“